

Antrag 114/I/2023**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Nazis in Zivil? Nein, danke!**

1 Dass Rechtsextreme sich unter dem Deckmantel von eh-
2 renamtlichem Engagement zivilgesellschaftlich organi-
3 sieren, ist schon lange bekannt. Sie werben auf diese Wei-
4 se nicht nur um Mitglieder und Zuspruch für ihre Ideolo-
5 gie, sondern verbreiten so auch unerkant oder ganz offen
6 Hass und Hetze.

7
8 Nicht allein die Mitgliedschaft von Rechtsextremen in
9 Schützenvereinen oder Kampfsportgruppen ist eine reel-
10 le Gefahr für unsere liberale Gesellschaft, sondern die Be-
11 drohung geht weit darüber hinaus.

12
13 Egal, ob als Begleiter*in bei Schulausflügen, Aufpasser*in
14 auf dem Fußballplatz, Kuchenbaker*in für das nächste
15 Nachbarschaftsfest oder Schöff*in bei Gericht: Eine der-
16 artige und vor allem strategische Einflussnahme gefähr-
17 det unsere Demokratie. Das Nachbarschaftsfest oder der
18 Sportverein des Kindes ist nämlich gleichzeitig auch der
19 perfekte Ort, um die eigene rechtsextreme Ideologie so-
20 wie Verschwörungsmymthen zu verbreiten. Dies geschieht
21 oft ohne, dass es den anderen Menschen überhaupt auf-
22 fällt, geschweige denn es angemessen verurteilt wird.
23 Dennoch gibt es ebenso so viele Beispiele, in denen Ver-
24 eine und gesellschaftlichen Akteur*innen bewusst wege-
25 schauen und damit Nazis eine zivilgesellschaftliche Büh-
26 ne und indirekte Akzeptanz ihrer rechtsextremen Ideolo-
27 gie bieten. Daneben erleben wir alle fünf Jahre vor Neu-
28 wahl von Schöff*innen, dass AfD, Pegida und Co. zum Kan-
29 didieren für das Amt als ehrenamtliche*r Laienrichter*in
30 aufrufen, um die Strafjustiz strukturell zu unterwandern.
31 Durch die Schöff*innen wird der Grundsatz der Teilhabe
32 der Zivilgesellschaft an der Rechtsprechung verwirklicht.
33 Bei rund 40.000 Schöffen, die alle fünf Jahre neu gewählt
34 werden, geht von rechten Aufrufen zur Unterwanderung
35 der Justiz jedoch eine ernstzunehmende Gefahr aus.

36
37 Nicht zu vergessen ist hierbei die besondere Rolle von
38 rechtsextremen weiblich gelesenen Personen, die sich die
39 sogenannte „doppelte Unsichtbarkeit“ zunutze machen
40 und deswegen von einem nicht unerheblichen Teil der
41 Zivilgesellschaft nicht als Täterinnen, geschweige denn
42 überhaupt als politisch relevant wahrgenommen werden.
43 Hier besteht also ein großes, oft übersehenes Potenzial
44 der Rechten, sich gesellschaftlich zu organisieren und zu
45 legitimieren. So geben sie sich nach außen hin betont
46 „bürgerlich“ und vertreten sogenannte traditionelle Wer-
47 te und Rollenbilder, um als „nette Nachbarn“ Strukturen,

Empfehlung der Antragskommission**Überweisen an: FA III - Innen- und Rechtspolitik, FA XIII****Strategien gegen rechts (Konsens)**

48 Vereine, Organisationen und Gruppen zu infiltrieren, rech-
49 tes Gedankengut zu verbreiten, Diskurse zu verschieben
50 und Straftaten zu begehen.

51

52 Vereine und Institutionen wissen oft nicht, wie sie mit ent-
53 sprechenden Vorfällen oder einfach nur dem Engagement
54 von Rechtsextremen umgehen sollen und teilweise versu-
55 chen sie es auch gar nicht erst.

56

57 Deswegen und aufgrund der dargestellten Problemlage
58 fordern wir:

- 59 • Die Zivilgesellschaft muss, beispielsweise durch
60 Aufklärung in Bildungseinrichtungen, durch öffent-
61 liche Kampagnen und Einarbeitung in Kinder- und
62 Jugendschutzkonzepte, stärker darin geschult wer-
63 den, rechtsextremes Gedankengut zu erkennen -
64 nur so kann unsere Demokratie wehrhaft bleiben.
- 65 • Prävention statt Reaktion: Antirassismus-, Anti-
66 Antisemitismus-, und Demokratie-Workshops für
67 Vereine und Institutionen, die ebenfalls zivilgesell-
68 schaftlich organisiert sind, müssen aufwandsarm
69 und kostenlos zugänglich gemacht werden.
- 70 • Verteilung finanzieller Mittel auf kommunaler Lan-
71 desebene an strenge Kriterien knüpfen, wie bei-
72 spielsweise im vorherigen Punkt aufgeführte Maß-
73 nahmen. In jedem Fall gilt: Kein Geld für Nazis!
74 Sobald es Hinweise auf rechtsextreme Mitglieder-
75 strukturen gibt, müssen auch staatliche Strukturen
76 greifen.
- 77 • Kein Fußball dem Faschismus, gilt auch auf dem
78 Sportplatz und überall sonst: Zivilgesellschaftliche
79 Akteur*innen müssen klar in die Pflicht genommen
80 werden, rechtsextremes Gedankengut in ihren Rei-
81 hen ernst zu nehmen und zu handeln, bevor es zu
82 spät ist.
- 83 • Es muss eine Stelle geben, an die man sich wenden
84 kann, sollte es den Verdacht auf rechtsextremes Ge-
85 dankengut in Vereinen geben. Diese Stelle muss be-
86 kannt und leicht zugänglich sein. Als Konsequenz
87 soll entsprechenden Vereinen die Gemeinnützigkeit
88 entzogen werden können.
- 89 • Vor allem in aktuell strukturarmen Regionen muss
90 das Angebot für Freizeit- und Bildungsangebote de-
91 mokratiefördernd staatlich sichergestellt werden.
- 92 • Dass die Berliner Bezirke sicherstellen, dass es bei
93 der Schöffenwahl 2023 nicht zu einer Unterwande-
94 rung der Justiz durch rechte Schöffenrichter*innen
95 kommt.

96

97 Ob im Sportverein oder auf der Klassenfahrt - während
98 Nazis davon träumen, zivilgesellschaftliche Strukturen zu
99 infiltrieren und unterwandern zu können, müssen wir uns
100 ihnen entschieden in den Weg stellen - immer und über-

101 all

|